

- ³⁹⁾ Das langfristige Rekrutierungsinteresse steht damit in Konflikt mit dem kurzfristigen Verwertungsinteresse der Unternehmung. Vgl. Reinhard Franzke: Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, Funktionen und Probleme des „dualen Systems“, Studien und Berichte des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Bd. 39, Berlin 1978, S. 17.
- ⁴⁰⁾ Zu dem Beitrag der Bildung für die Stärkung der politischen, sozialen und kulturellen Kompetenz siehe Wolfgang Stratenwerth, a. a. O., S. 380.
- ⁴¹⁾ Vgl. Joachim Münch, a. a. O., S. 36.
- ⁴²⁾ So wurden in einem Großunternehmen der Chemie (BASF) aus personalplanerischer Sicht „Prognosezeiträume, die über 8 Jahre hinausgehen, ... als unseriös verworfen“. Jürgen Maasch: Neue Technologien — Folgerungen für die quantitative und qualitative Personalplanung, in: Klaus Lompe (Hrsg.): Techniktheorie — Technikforschung — Technikgestaltung, Opladen 1987, S. 312.
- ⁴³⁾ Vgl. Erich Dauenhauer, a. a. O., S. 341.
- ⁴⁴⁾ Vgl. Peter Meyer-Dohm: Gestaltung berufsbezogener Ausbildung, in: Gerd Bösen (Hrsg.): Menschliche Arbeit unter veränderten Bedingungen, Bad Honnef 1985, S. 118 ff. sowie ders.: Konzepte industrieller Aus- und Weiterbildung am Beispiel der Volkswagen AG, in: Hellmut Lamszus, Horst Sanmann: Neue Technologien, Arbeitsmarkt und Berufsqualifikation, Bern, Stuttgart 1987, S. 241 ff.
- ⁴⁵⁾ Vgl. Peter Meyer-Dohm: Betriebliche Bildungsarbeit im technischen und strukturellen Wandel, in: Franz Coester (Hrsg.): Bildung, Beruf, Beschäftigung — Zukunftsperspektiven der jungen Generation, Bad Honnef 1987, S. 142 ff.
- ⁴⁶⁾ Vgl. Harald W. Bongard, Günther Litzenberg, Peter Schneider: Lebenslanges Lernen als Schlüssel für die Zukunft, in: Lernfeld Betrieb, Heft 6, August 1987, S. 12 ff.

Franzke, Reinhard: Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, Funktionen und Probleme des „dualen Systems“, Studien und Berichte des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Bd. 39, Berlin 1978.

Hegelheimer, Armin: Berufsanalyse und Ausbildungsordnung — Eine Problemstudie über die Bedeutung von Arbeits- und Berufsanalysen für die Entwicklung von Ausbildungsberufen, Bd. 4 der Schriften zur Berufsbildungsforschung, Berlin 1977.

Henning, Klaus/Ochterbeck, Burkhard: Dualer Entwurf von Mensch-Maschine-Systemen, in: Der Mensch im Unternehmen, hrsg. von Peter Meyer-Dohm, Egon Tuchtfeldt, Ekkehardt Wesner, Bern, Stuttgart 1988, S. 225 ff.

Maasch, Jürgen: Neue Technologien — Folgerungen für die quantitative und qualitative Personalplanung, in: Klaus Lompe (Hrsg.): Techniktheorie — Technikforschung — Technikgestaltung, Opladen 1987, S. 308 ff.

Mädig, Heinrich: Effizienz und Effektivität — Kriterien zur Beurteilung des beruflichen Ausbildungssystems und der Ausbildungspolitik, in: Bernhard Külp, Heinz-Dieter Haas, a. a. O., S. 759 ff.

Meyer-Dohm, Peter: Betriebliche Bildungsarbeit im technischen und strukturellen Wandel, in: Franz Coester (Hrsg.): Bildung, Beruf, Beschäftigung — Zukunftsperspektiven der jungen Generation, Bad Honnef 1987, S. 115 ff.

— Gestaltung berufsbezogener Ausbildung, in: Gerd Bösen (Hrsg.): Menschliche Arbeit unter veränderten Bedingungen, Bad Honnef 1985, S. 118 ff.

— Konzepte industrieller Aus- und Weiterbildung am Beispiel der Volkswagen AG, in: Hellmut Lams-

zus/Horst Sanmann: Neue Technologien, Arbeitsmarkt und Berufsqualifikation, Bern, Stuttgart 1987, S. 241 ff.

Münch, Joachim: Das berufliche Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg 1982.

o. V.: Die Fachausschüsse, in: PAL aktuell, Heft 1/1979.

Reuteaux, Franz: Briefe aus Philadelphia, Braunschweig 1877.

Sadowski, Dieter: Berufliche Bildung und betriebliches Bildungsbudget, Stuttgart 1980.

Schöfer, Rolf: Berufsausbildung und Gewerbepolitik: Geschichte der Ausbildung in Deutschland, Frankfurt, New York 1981.

Schweikert, Klaus/Grieger, Dorothea: Die Steuerungsfunktion von Zertifikaten und formalisierten Ausbildungsgängen für das Beschäftigungssystem, Göttingen 1975.

Soltwedel, Rüdiger et al.: Deregulierungspotentiale in der Bundesrepublik, Tübingen 1986.

Stratenwerth, Wolfgang: Betriebliche Berufsausbildung, in: Udo Müllges (Hrsg.): Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bd. 2, Düsseldorf 1979, S. 377 ff.

Tuchtfeldt, Egon: Soziale Marktwirtschaft als wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe, in: Politische Studien, Jg. 37 (1986), S. 635 ff.

von Weizsäcker, Carl Christian: Staatliche Regulierung — positive und normative Theorie, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Heft 3/1982, S. 325 ff.

Winterhager, Wolfgang D.: Reform der Berufsbildung, Berlin, New York 1974.

Literaturverzeichnis

Albach, Horst: Zielkonflikte zwischen einzelwirtschaftlichen Entscheidungen und gesamtwirtschaftlichen (-gesellschaftlichen) Erfordernissen im Bildungssystem, in: Bernhard Külp, Heinz-Dieter Haas (Hrsg.): Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 92/II, Berlin 1977, S. 731 ff.

Aschinger, Gerhard: Regulierung und Deregulierung, in: WiSt, Heft 11, November 1985, S. 545 ff.

Benner, Hermann: Ordnung der staatlich anerkannten Ausbildungsberufe, Heft 48 der Berichte zur beruflichen Bildung, Berlin 1982.

Binkelmann, Peter/Schneller, Irmtraud: Berufsbildungsreform in der betrieblichen Praxis — Eine empirische Untersuchung zur Wirksamkeit öffentlich-normativer Regelungen, Frankfurt, München 1975.

Bongard, Harald W./Litzenberg, Günther/Schneider, Peter: Lebenslanges Lernen als Schlüssel für die Zukunft, in: Lernfeld Betrieb, Heft 6, August 1987, S. 12 ff.

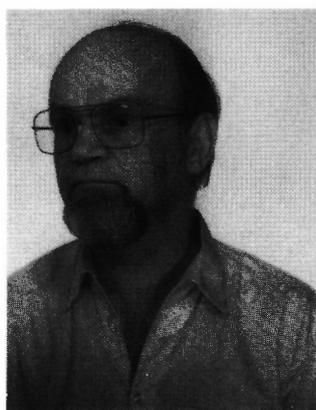
Bücher, Karl: Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang, Eisenach 1877.

Bujarski, Franz: Gutachten, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. X, Die Reform des Lehrlingswesens, Leipzig 1875.

Dauenhauer, Erich: Berufsbildungspolitik, Berlin, Heidelberg, New York 1981.

Möglichkeiten und Probleme einer Kooperation in der Berufsbildungsforschung zwischen BIBB und Universitäten*)

Antonius Lipsmeier



Antonius Lipsmeier, Dr. phil.
Ordentlicher Professor der Berufspädagogik und Leiter der Abteilung „Berufspädagogik“ im Institut für Berufspädagogik und allgemeine Pädagogik an der Universität Karlsruhe (TH)

Vorbemerkungen

Die unbefriedigende Lage der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung an Hochschulen¹⁾ einerseits und der spätestens seit Mitte der 60er Jahre auszumachende Forschungsbedarf andererseits, der ja dann auch über das Blankertz / Claessens / Edding-Gutachten²⁾ im Gefolge des BBiG zur Errichtung des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung geführt hatte, sind oft genug beklagt bzw.

*) Ich danke meinen Mitarbeitern Dr. R. Dobischat und A. Voigt für kritische Anmerkungen und Einbringung von Ideen.

reklamiert und analysiert worden; auf die Ursachen der unbefriedigenden Lage wird später noch eingegangen. Die Genese dieser Situation muß hier nicht gebracht werden; einige wichtige Stationen der Entwicklung werden in der Denkschrift der DFG-Senatskommission „Berufsbildungsforschung“ nachzulesen sein, in die auch die beiden Berichte zur Lage der Berufsbildungsforschung von 1975 und 1985³⁾, erstellt von Achtenhagen u. a. für die DFG, eingegangen sind. In den beiden folgenden Kapiteln werden einige Befunde und Ursachen zur Situation herausgearbeitet, bevor abschließend auf Strategien zur Verbesserung dieses Zustandes eingegangen wird.

Befunde zur Lage der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung an Hochschulen

a) Trotz der Zunahme der Anzahl der Dissertationen in diesem Bereich von 17 im Jahre 1982 auf 51 im Jahre 1987⁴⁾ muß von einer relativen quantitativen Stagnation gesprochen werden; denn die ausgewiesene Steigerung hängt stärker mit der Verbesserung der Erfassung bzw. Rückmeldung und der ausgeweiteten Einbeziehung von Randbereichen als mit einem vermuteten Forschungs- oder Forscherboom zusammen.

b) Das trifft in gleicher Weise auf die Habilitationen zu: Randgebiete dominieren, die Wirtschaftspädagogik ist stärker vertreten als die Berufspädagogik. Die in den 90er Jahren vermutlich anstehende Besetzungswelle von C 3- und C 4-Professuren — vorausgesetzt, die Stellen werden nicht gestrichen — gibt zu ernsthafter Sorge Anlaß.

c) Auf den ersten Blick positiv erscheint das Bild der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung im Spiegel der selbständigen Publikationen. Die Auswertung der jährlich in der ZBW zusammengestellten Listen ergibt folgende Befunde: Die Zahl der Publikatio-

nen liegt bei durchschnittlich etwa 190 pro Jahr, allerdings mit einer stetigen Abnahme seit 1982 (Maximum mit 230 Publikationen). Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Titel „zur“ Berufs- und Wirtschaftspädagogik erfaßt werden, und bei der Einvernehmung wird recht großzügig verfahren. Zu beachten ist weiterhin, daß sich in der zurückliegenden Dekade erhebliche Verschiebungen thematischer Art ergeben haben. Während der Anteil der Allgemeinen Berufs- und Wirtschaftspädagogik 1977 noch bei gut 30% lag, ist er inzwischen auf weniger als 20% zurückgegangen; dagegen ist der Anteil der soziologisch und psychologisch relevanten Literatur von knapp 10% auf 20% gestiegen.

d) Eine Auszählung der Publikationen in der ZBW, vorgenommen von Achtenhagen (unveröffentlicht), ergibt für die zurückliegende Dekade eine Halbierung der Anzahl der Aufsätze von etwa 60 im Jahre 1978 auf etwa 30 im Jahre 1987. Diese Halbierung hängt nun gerade nicht mit der geringfügigen Reduzierung der Seitenzahl pro Jahrgang zusammen, sondern mit dem kontinuierlichen Rückgang des Eingangs von Manuskripten seit etwa 10 Jahren mit einem Maximum im Jahre 1977 mit 88 Eingängen und einem Rückgang auf weniger als 50 Manuskripte pro Jahr.

e) Einzelne Forschungsfelder sind nolens volens weitgehend anderen Disziplinen überlassen worden, so z. B. die Weiterbildungsforschung der Betriebswirtschaftslehre (bes. dem Schwerpunkt Personalwesen), die Medienforschung, z. B. im CUU (Computerunterstützter Unterricht) bzw. CBT (Computer based training) der Psychologie und die Qualifikationsforschung der Arbeits- und Berufssoziologie.

f) Der Umfang der Drittmittelforschung in der Berufs- und Wirtschaftspädagogik ist nicht erfaßbar. In den drei großen DFG-Förderungsbereichen

- Schwerpunktprogramme,
- Sonderforschungsbereiche und
- Forschergruppen

ist diese Disziplin nicht vertreten⁵⁾, und auch ihr Anteil an der Förderung im Normalverfahren ist sehr gering. Dabei mißt die DFG dieser Disziplin, wie an der Einrichtung einer Senatskommission erkennbar, durchaus Bedeutung bei, wenn sie darin auch erst durch den BMBW bestärkt werden mußte; aber auch innerhalb der durch die DFG erklärtermaßen zu fördernden erziehungswissenschaftlichen Forschung könnte sich die Berufs- und Wirtschaftspädagogik in den sechs als besonders dringlich gekennzeichneten Themenschwerpunkten sehr gut wiederfinden⁶⁾, zumal sie von der DFG als empirische⁷⁾ Forschungsdisziplin angesehen und damit den Sozialwissenschaften zugeschlagen wird, die sowieso dem Anschein nach im Vergleich zu einer sich geisteswissenschaftlich verstehenden Erziehungswissenschaft als forschungswürdiger gelten.

g) In einem besonderen Bereich der Drittmittelforschung, der wissenschaftlichen Begleitforschung zu den „Modellversuchen in der außerschulischen Berufsbildung“ des Bundesinstituts für Berufsbildung, ist der Umfang der Begleitforschung von Wissenschaftlern an Hochschulen, Fachhochschulen und von wissenschaftlichen Instituten außerhalb der Hochschulen recht stark zurückgegangen. Vergleicht man die Trägerschaft der wissenschaftlichen Begleitung abgeschlossener Modellversuche mit derjenigen noch laufender Modellversuche⁸⁾, so ergibt sich gemäß der Dokumentation des Bundesinstituts für die Berufsbildung bei den Wissenschaften, besonders also bei der Berufs- und Wirtschaftspädagogik, ein Rückgang um etwa 50%, während bei den privaten Instituten bzw. Privatpersonen der Rückgang lediglich 20% beträgt.

Der Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung, Hermann Schmidt, differenziert die Begleitforschungspraxis nicht nach diesen Merkmalen, und er erweckt möglicherweise einen falschen Eindruck, wenn er schreibt, daß das BIBB bislang „in mehr als

100 Modellversuchen mit über 160 Wissenschaftlern von Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen in der wissenschaftlichen Begleitung zusammengearbeitet⁹⁾ habe.

Meine Befunde ergeben, wie gesagt, etwas anderes: Danach vertraut das Bundesinstitut also offensichtlich der Leistungsfähigkeit oder auch der Preiswürdigkeit privater Anbieter von Begleitforschung stärker als den Wissenschaften, zumindest in neuerer Zeit.

Soweit einige Befunde zum Zustand der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung an Hochschulen, ein Zustand, der — wenn man von einigen Lehrstühlen absieht — mit unbefriedigend vielleicht noch verharmlosend charakterisiert wird, den man mit Desolatheit allerdings wahrscheinlich etwas übertrieben beschreiben würde. Diese Befunde interpretiere ich wie folgt: Berufs- und wirtschaftspädagogische Forschung an Hochschulen erscheint weithin weder wissenschaftspolitisch gewollt noch bildungs- und gesellschaftspolitisch gefragt. — Worin liegen die Ursachen für diesen Zustand?

Ursachen für den unbefriedigenden Zustand der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung an Hochschulen

Die verschiedenen „grauen Papiere“ zur Lage der Berufsbildungsforschung, die auch in die Denkschrift der genannten DFG-Senatskommission eingehen werden, verweisen vorrangig auf den Stellenabbau im Hochschulbereich etwa seit Mitte der 70er Jahre als Hauptursache. Obwohl keine exakten Zahlen vorliegen, sind durch das Zusammentragen von Erfahrungsberichten und Zustandsbeschreibungen die Konturen des Bildes deutlich geworden, das Stratmann dann auf der Saarbrücker Tagung der DGfE eindrucksvoll ausgemalt hat.¹⁰⁾

In diesem Zusammenhang ist auch relevant, daß der Nachwuchs weitgehend disziplinfremd rekrutiert werden muß, also aus anderen Disziplinen als der Berufs- und Wirtschaftspädagogik stammt, womit im Positiven mit der Vermeidung von „Inzucht“ das Negativum einhergeht, das zentrale Betätigungsfeld hochschulischer Berufs- und Wirtschaftspädagogik, die schulische Berufsausbildung in Abgrenzung vom Schwerpunkt des BIBB, also der betrieblichen Berufsausbildung, schwerer untersuchen zu können; die DFG-Senatskommission für Berufsbildungsforschung spricht in diesem Zusammenhang von Kompetenzlücken.¹¹⁾

Eine weitere Ursache liegt, zumindest für die Berufspädagogik, weniger für die Wirtschaftspädagogik, in dem seit Ende der 70er Jahre erfolgten Abbau (z. B. in Nordrhein-Westfalen) oder auch der Verhinderung der Möglichkeit (z. B. in Baden-Württemberg), im Rahmen des Ersten Staatsexamens Zulassungsarbeiten, also schriftliche Hausarbeiten, in diesem Fach anfertigen lassen zu können.

Das berufspädagogische Desinteresse der nachwachsenden Generation von Berufsschullehrern wird so ministeriellerseits gefördert, denn von einer positiv bewußtseinsprägenden Kraft eines ad-libitum-Studiums — studiert werden darf alles, wenn es sich nur irgendwie über den pädagogischen Leisten schlagen läßt — kann ernsthaft nicht ausgegangen werden. Es ist zu bezweifeln, ob das Studienseminar die Versäumnisse nachholen kann, zumal zu vermuten ist, daß ein pädagogisch indifferentes oder technokratisches Standesbewußtsein oder Berufsbild von Berufsschullehrern staatlicherseits durchaus gewünscht ist, zumindest willig geduldet wird.

Von daher wäre in eine dringend erforderliche Neufassung der KMK-Rahmenvereinbarung über die Ausbildung von Berufsschullehrern vom 5. 10. 1973 eine entsprechende Bestimmung aufzunehmen.

Es wäre jedoch verfehlt bzw. griffe zu kurz, die Ursachen für den unbefriedigenden Zustand der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung nur als Folge des doppelten ministeriellen Würgegriffs — Stellenabbau und Studentenentzug — anzusehen.

Es kann ernsthaft nicht bestritten und soll auch hier nicht verschwiegen werden, daß auch der innere Zustand unserer Disziplin zu Kritik und Sorge Anlaß gibt.

Auch wenn es im wissenschaftlichen Disput als unfein gilt, soll auf folgendes hingewiesen werden:

- Manche Ordinarien, die in den frühen 70er Jahren, begünstigt durch den offensiven Hochschulausbau, berufen wurden, haben sich getreu abendländischer Bildungstradition in ihre „Innerlichkeit“ zurückgezogen, obwohl in den Hochschulgesetzen des Bundes und der Länder zur Aufgabe von Forschung und Lehre etwas anderes steht.¹²⁾ Sie beteiligen sich nicht mehr am wissenschaftlichen Disput, weder auf Tagungen noch im Publikationswesen. Die Kritik am Wissenschaftsbetrieb der Universitäten war auch in der Vergangenheit oft eine Kritik an den Ordinarien. So schrieb Dittrich im Jahre 1919: „Es liegt in der Natur der Sache, daß der Fortschritt der Wissenschaft von Nichtordinarien und Studenten oft anders und gründlicher verstanden wird als von Ordinarien, deren eigene fortschrittliche Wirksamkeit weit zurückliegt.“¹³⁾
- Die Disziplin selbst ist von einer Konflikte und Kontroversen meidenden Langweiligkeit durchzogen, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Brisante Themen werden gemieden, zu bildungs- und gesellschaftspolitischer Harmlosigkeit heruntertransformiert oder von den Ordinarien den Mitarbeitern als wissenschaftliches Übungsfeld überlassen.
- Kollegenschele, oder etwas feiner formuliert: die Kollegenkritik, gilt mehr und mehr als etwas

Unfeines, wird zur moralischen Prestigefrage hochstilisiert oder als bedauerliches Versehen verharmlost. Eignet sich so etwas noch einmal wider Erwarten, sind die Reaktionen gereizt, und zwar immer auf beiden Seiten.

Der wissenschaftliche Disput, wesentliches Merkmal der „universitas litterarum“, ist zum Gerede oder zur durch entsprechende Begrifflichkeit gestellten Nebulösität verkommen.

- Internationalität wird als private Reiselust diskriminiert: Die Abschottung unserer Disziplin nach außen hin, selbst im EG-Raum, war nach meinen Beobachtungen noch nie größer, weder zu Kerschensteiners noch zu Schliepers und Abrahams Zeiten. Auch in der DFG-Denkschrift wird der Mangel an internationalen Kontakten beklagt (Kap. 6).
- Die Zuwendung zu „harten“ empirischen Forschungsmethoden gilt mehr und mehr als Ausweis von höchster Wissenschaftlichkeit, auch wenn selbst die in solchen Fragen sehr zurückhaltende DFG weiß, „daß sich Methoden der empirischen Sozialforschung auf das komplexe Feld pädagogischen Handelns, seiner Bedingungen und Wirkungen, nur bedingt anwenden lassen.“¹⁴⁾

Diese Liste könnte bei längerem Nachdenken und Recherchieren sicherlich noch fortgesetzt werden, doch genug. Es ergibt sich das Bild eines weitgehenden Stillstandes oder gar einer gewissen Degeneration unserer Disziplin: zumindest scheint sie innovations- und impulsbedürftig zu sein.

Woher kann dieser Innovations- und Impulsschub kommen?

Der Beantwortung dieser Frage soll im letzten Teil dieser Abhandlung nachgegangen werden. Vorher ist jedoch noch auf die Kooperationsdebatte in der Berufsbildungsforschung näher einzugehen.

Forschungskooperation und -koordination

Der Ausweg aus dem Forschungstal heraus auf Forschungshöhen hinauf scheint in der Kooperation zu liegen, mit wem, wozu und wie auch immer. Schon in das Hochschulrahmengesetz von 1976 ist das Koordinations- und Kooperationsgebot hineingeschrieben und auch in die Fassung vom 9. 4. 1987 übernommen worden (§ 23 HRG). Trotz zugegebenermaßen unverhältnismäßig großer Reibungsverluste bei vielen Kooperationsversuchen sieht auch Stratmann zu einer „wie immer zu organisierenden Kooperation von Forschungsvorhaben, -konzepten und -aktivitäten keine Alternative“.¹⁵⁾

Die wohl umfangreichste Liste von Aufgaben der Information, Kooperation und Koordination ist während des BMBW-Kolloquiums „Kooperation in der Berufsbildungsforschung“ am 25. 10. 1988 in Bonn erstellt worden. Dem Protokoll sind gemäß der Zusammenfassung durch den Sitzungsleiter, Ministerialdirigent Hardenacke, die folgenden Punkte zu entnehmen:

a) Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den einzelnen Forschungseinrichtungen über ein verbessertes Publikationswesen, über eine jährlich in der ZBW zu veröffentliche Liste der laufenden Forschungsprojekte und über eine Sonderdokumentation „Berufsbildungsforschung“.

In der DFG-Denkschrift (Kap. V) wird in diesem Zusammenhang darüber hinaus die Einführung eines Berichtsystems zur Berufsbildungsforschung vorgeschlagen.

b) Besonders wichtig ist die Forschungskooperation im Planungsstadium von Projekten, aber auch während des Arbeitsprozesses und bei der Diskussion der Forschungsergebnisse. Um diese Kooperation gewissermaßen zu institutionalisieren, wird für Projekte eine arbeitsteilige Zerlegung in Teilaufträge vorgeschlagen.

Diese Vorschläge gehen nur unwesentlich über das hinaus, was auch

schon die Evaluierungskommission des BIBB formuliert hatte¹⁶⁾: Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und BIBB „könnte mittels gemeinsamer Arbeitskonferenzen und Symposien, durch die Vergabe von Forschungsarbeiten an die Hochschulen und Forschungsinstitute, die zeitweilige Abordnung von Gastforschern an das BIBB sowie die gemeinsame Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten verbessert werden.“

Das BMBW hatte in seiner ergänzenden Stellungnahme vom 13. 8. 1987 ausdrücklich diesen Katalog gutgeheißen.¹⁷⁾

Der Kooperationskatalog ist konsensual, denn an den Beratungen und Formulierungen waren alle für die Berufsbildungsforschung relevanten Gruppen und Institutionen beteiligt. Enthebt diese Legitimation durch Verfahren, auch wenn nicht abgestimmt worden ist, den Katalog der Kritik? Natürlich keineswegs.

In den abschließenden Bemerkungen soll dieser Katalog weder abgeschafft noch durch einen neuen ersetzt, sondern lediglich hinterfragt werden, und zum Schluß soll dann noch auf Organisationsformen für die zu etablierende Forschung eingegangen werden.

Forschungskooperation — cui bono?

a) Eine Standortbestimmung der Berufsbildungsforschung an Hochschulen sieht sich gegenwärtig offensichtlich dem Versuch einer bildungsbürokratischen Indienstnahme gegenüber, die von einer Logik ausgeht, der man sich auf den ersten Blick kaum entziehen kann:

Auf der einen Seite stehen absehbare Probleme bei der Gestaltung des Berufsbildungssystems, über die ein relativ breiter fachöffentlicher Konsens besteht. Zu nennen sind hier:¹⁸⁾

- nicht bewältigte Probleme der geburtenstarken Jahrgänge;

- Integration ökologischer Inhalte in Berufsbildungsgänge;
- weitere Implementation neuer Technologien;
- Antizipation demographischer Entwicklungen;
- Bedeutungszuwachs der Weiterbildung;
- der projektierte europäische Binnenmarkt in den 90er Jahren;
- regionale Disparitäten in der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Auf der anderen Seite steht eine fiskalisch angespannte Situation der öffentlichen Haushalte, die somit für viele der mit Berufsbildungsforschung befaßten Institutionen eine identische, nämlich schlechte Ausgangssituation konstituiert. Was liegt also näher, als der Bundesregierung zuzustimmen, wenn sie „eine effizientere Abstimmung zwischen den in der Berufsbildungsforschung tätigen Einrichtungen“ anstrebt und das BIBB in ein „Netzwerk von Forschungseinrichtungen (Hochschulen, schulpädagogischen Instituten und Arbeitsstellen der Länder sowie außeruniversitären Forschungsinstituten) als Dienstleistungs-, Forschungs- und Beratungseinrichtung der außerschulischen Berufsbildung auf wissenschaftlicher Grundlage“ einbinden will.¹⁹⁾ Ebenfalls auf den ersten Blick scheint hier das Konzept einer effektiven Arbeitsteilung zwingend.

Zu fragen ist nun, ob diese Plausibilität auch bei näherer Betrachtung aufrechtzuerhalten ist. Zumindest erscheint es notwendig, die in der Sache fraglos vorhandene Bereitschaft der an Hochschulen vorhandenen Berufsbildungsforschung, an dieser Aufgabe mitzuwirken, bezüglich der Begriffe „Effektivität“ und „Effizienz“ zu präzisieren.

Denn folgende Varianten eines Verständnisses von Effizienz könnten zu völlig unterschiedlichen Forschungsprogrammen, wo auch immer angesiedelt, führen:

- Forschung ist effizient, wenn bei einem bestimmten Mittelansatz möglichst viele Mitarbeiter beschäftigt und/oder möglichst

viele Programme abgewickelt werden können.

- Forschung ist effizient, wenn die politisch vorgegebenen Thematiken oder Problembereiche beforscht werden.
- Forschung ist effizient, wenn durch ihre Ergebnisse ex ante oder ex post politische Entscheidungen legitimiert werden.
- Forschung ist effizient, wenn Doppelforschung vermieden wird.
- Forschung ist effizient, wenn sie nicht als Störgröße in politischen Entscheidungsprozessen wirksam wird.
- Forschung ist effizient, wenn von ihr gravierende individuelle und gesellschaftliche Problembereiche bearbeitet werden.
- Forschung ist effizient, wenn sie effizient arbeitet.

b) Generell ist jedoch festzustellen, daß die Berufsbildungsforschung allgemein — besonders die an den Hochschulen — keinen Effektivitäts- und Effizienzbeweis anzutreten hat. Denn zum einen muß die hochschulische Berufsbildungsforschung unabhängig sein, und zum anderen hängt die effektive und effiziente Problembewältigung, zu der die Berufsbildungsforschung sicherlich beizutragen hat, sowohl von dem Wollen der entsprechenden politischen Instanzen ab, die vorgelegten Ergebnisse umzusetzen, als auch von dem Wollen der relevanten gesellschaftlichen Kräfte, die so eingeleiteten Initiativen mitzutragen und konstruktiv weiterzuentwickeln.

c) Hinzuweisen bleibt in diesem Zusammenhang darauf, daß die verschiedenen Institutionen der Berufsbildungsforschung unterschiedlich strukturiert sind. Hier ist zum einen hervorzuheben, daß für das BIBB und das IAB konkrete Aufgabenbeschreibungen gesetzlich vorgeschrieben sind, während für reine Forschungsinstitute, wie etwa das SOFI, stärker wissenschaftsimmanente Normen verbindlich sind (oder sein sollten). Hieraus folgt weiter, daß für das IAB und das BIBB relativ rationale Ressourcenkalkulationen vorge-

nommen werden können, weil aus Aufgabenzuweisungen zumindest partiell deduzierbar, während andere Forschungsinstitute auf die jeweilige Akzeptanz ihrer Vorschläge und damit verbundener „Ressourcengewährung“ angewiesen sind.

Auch die BIBB-Evaluierungskommission sieht dieses Problem, im BIBB selbst faßbar am dort im Hauptausschuß waltenden Konsensprinzip, das eigentlich nur im Verfahren der Erarbeitung und Verabschiedung von Ausbildungsordnungen anzuwenden ist; doch die Evaluierungskommission teilt die in einer nicht näher bezeichneten Öffentlichkeit angeblich laut gewordene Sorge, daß „das Konsensprinzip . . . als Vetorecht von Verbandsvertretern gehandhabt werden“ könnte, was dazu führen könne, „daß Projekte inhaltlich uninteressanter werden und daß Forschungsergebnisse zu einem Zeitpunkt vorliegen, in dem sie ihre Aktualität eingebüßt haben.“²⁰⁾ Doch die Bundesregierung hält trotz dieser Bedenken am Konsensprinzip fest, da es „zu der erforderlichen Praxisnähe der Berufsbildungsforschung“ führe.²¹⁾ Daß diese Hoffnung nicht ganz unbegründet ist und daß dieses Prinzip auch zu respektablen, sich wichtigen Problembereichen zuwendenden Forschungsprogrammen gerinnen kann, zeigen sowohl die BIBB-„Perspektiven der Forschungsarbeiten für die nächsten 10 Jahre“²²⁾ als auch das neueste Papier über die künftigen Schwerpunkte der Berufsbildungsforschung im BIBB.²³⁾

Auch die Denkschrift der DFG-Senatskommission „Berufsbildungsforschung“ ist, ohne formale Vorgaben entsprechender Art, in gewisser Weise ein Konsenspapier, und zwar sowohl zwischen verschiedenen, wenn auch nicht extrem unterschiedlichen Positionen unserer Disziplin, immerhin aber reichend von A bis Z, von Achtenhagen bis Zabeck, also auch zwischen verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen (Betriebswirtschaftslehre, bes. Personalwesen und Arbeitswissen-

schaft; Soziologie, bes. Berufs- und Arbeitssoziologie; Psychologie, bes. Arbeits- und Berufspsychologie).

Dennoch, aber vielleicht gerade auch deswegen, scheint die Sorge gegenüber einengender Koordination und Kooperation durchaus angebracht zu sein; die Diversifikation der Berufsbildungsforschung darf nämlich selbst bei begrenzten Ressourcen nicht einer schon durch Übertreibung ihrer Möglichkeiten sich selbst desavouierenden Koordinierungspolitik zum Opfer fallen, weil sonst kaum auszuschließen ist, daß ganze Forschungsfelder unbearbeitet bleiben.

d) Anzumerken ist weiter, daß aus der unterschiedlichen institutionellen Struktur und damit verbundenen Standards und Möglichkeiten auch spezifische Zugangsweisen auf berufspädagogische Gegenstandsbereiche folgen. Im schlechtesten Fall kann dies zu institutionell verankerter Forschung ohne Grundlagenforschung aber mit Handlungsvollmachten auf der einen Seite und zu solcher mit Grundlagenforschung aber ohne Handlungsvollmachten führen. Bei einer einfachen „Addition“ brauchen sich hier keineswegs die jeweiligen Schwächen zu kompensieren.

e) Hinsichtlich der Aufgabenteilung tut sich ein weiteres Problem auf. Wenn festgestellt werden muß, daß sich unterschiedliche Interessen keineswegs im Medium der Wissenschaft mediatisieren, wird „Doppel“- und Parallelforschung kein Ärgernis, sondern gerade zwingende Notwendigkeit oder zumindest sinnvoll, will man eine möglichst breite gesellschaftliche Repräsentanz an berufsbildungspolitischen Entscheidungen gewährleisten. Außerdem besitzt „Doppelforschung“ eine „in ihrer Wichtigkeit kaum zu unterschätzende Kontrollfunktion“ (DFG-Denkschrift, Kap. II.). Vermieden werden muß sicherlich die „unnötige“ Sammlung von Primärdaten an mehreren Stellen, wofür organisatorische Hilfen gegeben werden können.

f) Die Thematisierung vordringlicher Forschungsaufgaben in der DFG-Denkschrift soll Akzente für zukünftige Forschung setzen, insbesondere in folgenden Bereichen:²⁴⁾

- zur Zielstruktur beruflicher Bildungsprozesse,
- zur didaktischen Integration von Elementen beruflicher Lernprozesse,
- zur Organisation beruflicher Lernprozesse,
- zu pädagogischen Konsequenzen veränderter Berufsstrukturen,
- zum Lernen in Arbeitsprozessen,
- zu den sozialen Kontexten sowie den psychischen Voraussetzungen und Folgen beruflichen Lernens,
- zum Verhältnis von Feld- und Experimentalstudien,
- zur Anwendung von Ansätzen der Lehr-Lernforschung auf berufliche Bildungsprozesse,
- zur Fruchtbarkeit internationaler Vergleiche,
- zur Notwendigkeit von Begleit- und Evaluationsforschung,
- zur historischen Berufsbildungsforschung.

Dieser Katalog, der in der DFG-Denkschrift natürlich noch ausdifferenziert worden ist, geht einerseits auf die schon früher aufgestellte Defizitliste zurück²⁵⁾; auf der anderen Seite stellt er den Versuch dar, bei größtmöglicher thematischer und positioneller Offenheit einer konzertierten und konzentrierten Forschungsstrategie Perspektiven zu eröffnen, natürlich in relativer Abgrenzung vom BIBB-Forschungsprogramm. Doch was kritisch anzumerken bleibt, soll in einer These zum Ausdruck gebracht werden:

Attraktive Forschungsthematiken für die Berufsbildungsforschung werden nicht durch den Abgleich zweier Listen, nämlich der Liste der denkbaren oder möglichen Thematiken und der Liste der bearbeiteten oder in Arbeit befindlichen oder zu bearbeitenden Thematiken, identifiziert, sondern aus wissenschaftlichen Fragestellungen heraus evoziert oder durch ge-

ellschaftlichen Druck provoziert; an ersteren scheint es gegenwärtig angesichts der Verfaßtheit unserer Disziplin zu mangeln, und der gesellschaftliche Druck kann von uns — Bereitschaft zu seiner produktiven Verarbeitung einmal trotz gewisser Zweifel unterstellt — aus kapazitären Gründen nicht akzeptiert werden.

g) Forschungskoordination und -koordination setzen, wenn damit nicht nur die Proklamation hehrer Ziele gemeint ist, halbwegs gleichstarke und gleichberechtigte Partner voraus. Davon kann überhaupt nicht die Rede sein: Dem einigermaßen geordneten Forschungsapparat des BIBB steht eine wenig strukturierte, vorerst nur partiell aktivierbare Disziplin gegenüber.

Was tun in dieser Situation?

Forschungsorganisation

Folgende Lösungsmöglichkeiten bieten sich in forschungsorganisatorischer Hinsicht an:

a) Ausbau der Forschungskapazitäten in den Universitäten durch Umverteilung in den Landes- bzw. Hochschulhaushalten zugunsten der Berufsbildungsforschung, eine auf absehbare Zeit völlig illusorische Strategie.

b) Konzentration der Berufsschullehrerausbildung und damit auch der freilich bescheidenen Kapazitäten und Ressourcen länderspezifisch, prinzipiell machbar z. B. in Nordrhein-Westfalen mit einem Überangebot an Standorten für die Berufsschullehrerausbildung. Dieses Hochschulpolitikum wird z. Z. weder von der BLK noch von den betroffenen Länderregierungen angepackt.

c) Verstärkte Anwerbung von Drittmittelprojekten durch Berufs- und Wirtschaftspädagogen, so z. B. im Normalverfahren bei der DFG oder bei anderen Einrichtungen: Möglich und geringfügig ausbaubar, aber z. Z. fehlen weitgehend

die personellen Ressourcen zur Erarbeitung solider Forschungskonzeptionen und zur Anwerbung solcher Mittel.

d) Einrichtung von DFG-geförderten Schwerpunktprogrammen in der Kooperation mehrerer Hochschulen, wie z. B. im Symposium „Lernen und Arbeiten — Theorien, Forschungskonzepte, Befunde“ in Siegen (19.—21. 9. 1988) versucht.²⁶⁾

Die Fragen der Machbarkeit und Sinnhaftigkeit einer solchen Strategie sind in der DFG-Senatskommission nicht konsensual.

e) Minimallösung²⁷⁾: Bei der BLK sollte die Planung der Berufsbildungsforschung einen neuen Stellenwert erhalten. Angesichts der Kompetenzverteilungen zwischen Bund und Ländern und innerhalb des Bundes und der Länder zwischen den verschiedenen Ministerien (Bildung, Schule, Kultur — Wissenschaft, Forschung — Wirtschaft — Arbeit, Soziales) müßte auf der Planungsebene die einzige Stelle, die zu diesem Zweck (nach einer Änderung des Grundgesetzes) eingerichtet worden ist, mindestens zum vollständigen und systematischen Informationsaustausch und zur Koordination in der Forschungsplanung genutzt werden.

f) Obwohl der Wissenschaftsrat in seinen jüngsten Empfehlungen zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren empfiehlt, vor der Neugründung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zu prüfen, „ob die dort vorgesehenen Arbeiten nicht auch in den Hochschulen durchgeführt werden können“ und sogar eine Auflösung von außeruniversitären Instituten, etwa derjenigen der „Blauen Liste“, für denkbar hält²⁸⁾, schlage ich zur Stimulierung und Effektivierung der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung an Hochschulen die Errichtung eines selbständigen Instituts vor, ähnlich dem von Grüner schon seit Jahren geforderten „Bundesinstitut für das berufliche Schulwesen“²⁹⁾ als Analogon zu dem Bundesinstitut für Berufsbildung.

In diesem Zusammenhang soll daran erinnert werden, daß die Krisensituation der Universitäten um 1700 zur Errichtung außeruniversitärer wissenschaftlicher Institutionen geführt hat, beginnend mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften.³⁰⁾

Natürlich stößt diese Strategie sofort auf eine kaum überwindbare Hürde: Die Kompetenzverteilung in der Berufsbildung und die rechtlichen, organisatorischen, institutionellen und finanziellen Bedingungen für die Berufsbildungsforschung behindern eine Koordination der Information, Planung, Durchführung und Auswertung von Forschungen in diesem Bereich.

Das zu gründende Institut muß keine gesetzlich verankerte Dauereinrichtung wie das BIBB sein, sondern könnte evtl. nach 20 bis 30 Jahren Aufbauarbeit (Aufbau von Forschungsstandards und Qualifizierung von Forschungspersonal) wieder gemäß der Empfehlung des Wissenschaftsrates an die Hochschulen zurückverlagert werden.

Resümee

Zusammenfassend führen die angestellten Analysen zu folgenden Ergebnissen:

- Die Lage der hochschulischen Berufsbildungsforschung ist prekär in vielfältiger Hinsicht.
- Die Ursachen, die diese Lage geschaffen haben, sind nicht schlagartig zu beseitigen, auch nicht bei positiver Ressourcenskalisierung oder Koordinierungsoptimierung.
- Eine Erneuerung unserer Disziplin ist nicht oder nur schwer und konfliktreich von außen stimulierbar und steuerbar; eine verordnete und kodifizierte Kooperation könnte evtl. sogar einen Renovierungsprozeß gefährden, da die Themen der Kooperationsprojekte sich mit großer Wahrscheinlichkeit von denjenigen, die für diesen Erneuerungsprozeß erforderlich wären, unterscheiden würden.

- Mit einem gewaltigen Kraftakt, nämlich der Gründung eines (möglicherweise nur für einen gewissen Zeitraum erforderlichen) Forschungsinstituts für schulische Berufsbildung, könnte es gelingen, einen Erneuerungsimpuls für unsere Disziplin und einen quantitativen Sprung für die Erforschung schulischer Berufsbildung zu initiieren.

Anmerkungen

- ¹⁾ Forschung an Hochschulen ist nicht dasselbe wie Hochschulforschung (Beforschung von Hochschulen). Vgl.: Veröffentlichungen des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung, Kassel.
- ²⁾ Blankertz, H./Claessens, D./Edding, F.: Ein zentrales Forschungsinstitut für Berufsbildung? Gutachten im Auftrag des Senators für Arbeit und soziale Angelegenheiten des Landes Berlin. Berlin 1966.
- ³⁾ Achtenhagen/Kell/Lipsmeier/Stratmann/Zabeck: Bericht zur Lage der Berufsbildungsforschung an den Hochschulen. Im Auftrag der DFG, 1985.
- ⁴⁾ Vgl. die jährlich in der Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik (ZBW) veröffentlichte Dokumentation.
- ⁵⁾ DFG: Perspektiven der Forschung und ihrer Förderung. Aufgaben und Finanzierung VII 1987 bis 1990. Weinheim 1987, S. 335 ff.
- ⁶⁾ Ebenda, S. 92 f.
- ⁷⁾ Ebenda, S. 91 f.
- ⁸⁾ Bundesinstitut für Berufsbildung: Modellversuche in der außerschulischen Berufsbildung. Inhaltliche Förderbereiche und regionale Verteilung (1986/87), Berlin 1987.
- ⁹⁾ Schmidt, H.: Über die Zusammenarbeit in der Berufsbildungsforschung. Ergänzende Ausführungen zum Thema „Zukünftige Schwerpunkte der Berufsbildungsforschung“. In: Achtenhagen/John (Hrsg.): Lernprozesse und Lernorte in der beruflichen Bildung, Göttingen 1988, S. 410.
- ¹⁰⁾ Vgl. dazu den Bericht von Geißler/Kell: Berufsbildung als öffentliche Aufgabe. Probleme und Formen der Berufsbildungsforschung. In: Erziehung und Bildung als öffentliche Aufgabe. 23. Beiheft der Zeitschrift für Pädagogik, hrsg. von Beck u. a. Weinheim/Basel 1988, S. 303—305.
- ¹¹⁾ Vgl. dazu Kap. 5.2 in der DFG-Denkschrift: Kompetenzlücken aktiver und potentieller Berufsbildungsforscher.
- ¹²⁾ Hochschulrahmengesetz von 1976 in der Fassung vom 9. 4. 1987, § 7 (Ziel des Studiums) und § 22 (Aufgaben der Forschung).
- ¹³⁾ Dittrich, O.: Die neue Universität. Ein Reformversuch. Leipzig 1919, S. 16.
- ¹⁴⁾ DFG, Perspektiven, a. a. O., S. 92.
- ¹⁵⁾ Nach Geißler/Kell, a. a. O., S. 304.

¹⁶⁾ Gutachten der Kommission zur Untersuchung der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Effizienz des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 15. 7. 1986. In: BMW (Hrsg.): Wissenschaftliche und wirtschaftliche Effizienz des Bundesinstituts für Berufsbildung. Untersuchungen und Stellungnahmen. Bonn 1987, Teil B, S. 228.

¹⁷⁾ Ebenda, Teil A, S. 29.

¹⁸⁾ Vgl. dazu: Kap. 3 in der DFG-Denkschrift: Zukünftige Herausforderungen der Berufsbildung.

¹⁹⁾ Gutachten der Kommission, a. a. O., Teil A, S. 42.

²⁰⁾ Gutachten der Kommission, a. a. O., Teil B, S. 182.

²¹⁾ Ebenda, Teil A, S. 23.

²²⁾ Herausgegeben vom Generalsekretär, Sonderveröffentlichung, Berlin/Bonn 1986.

²³⁾ Undatiert, eingebracht in das BMW-Kolloquium, 25. 10. 1988.

²⁴⁾ DFG-Denkschrift, Kap. 4.

²⁵⁾ Achtenhagen u. a., 1985.

²⁶⁾ Vgl.: Forschungsinstitut für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität — Gesamthochschule Siegen, Materialien, 1988 (vgl.: ZBW-Bei-

heft 8, hrsg. von Kell und Lipsmeier, Wiesbaden 1989).

²⁷⁾ DFG-Denkschrift, Kap. 5.3.

²⁸⁾ Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren. Köln 1988, S. 71 f.

²⁹⁾ Grüner, G.: Berufsschulnahe Forschung. In: Die Berufsbildende Schule, 37. Jg. (1985), H. 12, S. 715 ff.

³⁰⁾ Vgl. Schelsky, H.: Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. Reinbek, 1963, S. 31.

Qualifizierungsberatung: Weiterbildungsträger als Dienstleistungsanbieter für die regionale Wirtschaft

Die Ergebnisse einer seit drei Jahren laufenden Modellversuchsreihe zur Qualifizierungsberatung sollen auf einer Fachtagung am **29. November 1989** in München vorgestellt werden. An sieben Standorten im Bundesgebiet ist in dieser Zeit Qualifizierungsberatung erprobt worden mit dem Ziel, für den Weiterbildungsbedarf von Klein- und Mittelbetrieben ein bedarfsgerechtes Weiterbildungsangebot entwickeln zu helfen.

Ausgangsüberlegung für die Modellversuche war, daß der erfolgreiche Einsatz der sogenannten neuen Technologien oft nicht durch die Höhe der investierten Summe entschieden wird, sondern durch die Qualifikation der Mitarbeiter, die die neuen Maschinen, PCs oder Steuerungen bedienen bzw. einsetzen sollen. Weiterbildung ist dabei in aller Regel unentbehrlich.

Während die Großbetriebe ihre professionellen Weiterbildungsabteilungen bedarfsgerechte Qualifizierungsmaßnahmen schneidern lassen, sind Klein- und Mittelbetriebe auf die Angebote des Bildungsmarktes angewiesen.

Das regional erreichbare Weiterbildungsangebot ist jedoch vielfach unübersichtlich, so daß geeignete Weiterbildungsangebote nicht gefunden werden können. Oft haben Klein- und Mittelbetriebe auch feststellen müssen, daß die

Nutzung von bestehenden Weiterbildungsangeboten nicht geholfen hat, die Anwendungsprobleme mit neuen Technologien nachhaltig in den Griff zu bekommen. Das Angebot hat nicht dem tatsächlichen Bedarf entsprochen.

Hier haben die Modellversuche angesetzt.

In München wollen die sieben Versuchsträger ihre Ergebnisse vorstellen. Neben einigen grundsätzlichen Referaten wird es vor allem einen Infomarkt geben, auf dem die entstandenen Beratungsmaterialien, die gesammelten Erfahrungen und die unterschiedlichen Organisationsformen von Qualifizierungsberatung dargestellt werden. Die breitgefächerte Trägerstruktur hat insbesondere zum letzten Punkt interessante Ergebnisse gebracht. Neben den Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Arbeitgeberverbände, die auch gemeinsam mit dem BIBB die Tagung ausrichten, waren die Gesamthochschule Kassel, die Handwerkskammer der Pfalz, das Überbetriebliche Ausildungszentrum Elmshorn, die Berufsbildungsstätte Westmünsterland, das Informationstechnik-Zentrum Köln und die Niedersächsische Volkshochschule beteiligt. Alle Träger wollen aufgrund der bisherigen Ergebnisse Qualifizierungsberatung nach Auslaufen der Modellversuche als Daueraufgabe weiterführen.

Nähere Informationen sind bei der gemeinsamen wissenschaftlichen Begleitung zu erhalten: Friedrichsdorfer Büro für Bildungsplanung, An der Schölke 5, 3320 Salzgitter 1. Bei Interesse an der Tagung kann man sich direkt an die bfz-Zentrale, Briener Str. 55, 8000 München 2, wenden.

Ralf Kraak



**Berufliche
Fortbildungs-
zentren der
Bayerischen
Arbeitgeber-
verbände e.V.**

FACHTAGUNG

29. November 1989
in München

Qualifizierungs-
beratung:

Weiterbildungsträger als
Dienstleistungs-Anbieter
für die regionale
mittelständische Wirtschaft

In Zusammenarbeit mit dem



**BUNDESINSTITUT
FÜR BERUFSBILDUNG**
Fehrberliner Platz 3
1000 Berlin 31, Tel.: 030/86 83-255